

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 13. OKTOBER 2021



## ANTRAG **BÜRGERSCHAFT WILL VERBESSERUNGEN** BEI ZUWENDUNGSPRAXIS

**Die Bürgerschaft will die Art, wie Zuwendungen an die Empfänger:innen verteilt werden, weiterentwickeln. Dazu hat sie auf Initiative der rot-grün-roten Koalition heute einen Antrag verabschiedet, der den Senat dazu auffordert, zu diesem Zweck im ersten Schritt eine Anhörung durchzuführen. „Dieser Zwischenschritt lohnt sich“, betonte die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, „denn er ist ein wichtiger Teil einer Debatte, die wir heute erst beginnen und die mehr Dialog ermöglichen soll zwischen denen, die Zuwendungen geben, und denen, die sie erhalten.“**

Zu Beginn ihrer Rede erläuterte Pfeiffer zunächst die Systematik der Finanzierung öffentlicher Leistungen. So beruhen Entgelte auf gesetzlichen, zumeist individuellen Rechtsansprüchen wie Leistungen der Förderung, Pflege oder Betreuung. Zuwendungen hingegen zählen zu den sogenannten freiwilligen Leistungen. Sie kennzeichneten sich nicht über Verträge, sondern über Bescheide und Bewilligungen, die einen hoheitlichen Akt darstellten. Damit finanziert würden Leistungen zur Erfüllung bestimmter Zwecke oder Vorhaben, an denen die öffentliche Hand ein erhebliches Interesse habe.

„Im Land Bremen vergeben wir jährlich über alle Ressorts verteilt zwischen 400 und 500 Millionen Euro über Zuwendungen, also einen erheblichen Betrag, der einen erheblichen Mehrwert für unsere beiden Städte generiert!“, betonte Pfeiffer. „Es werden damit Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, der Altenarbeit, in der Kulturarbeit, im Gesundheitsbereich, in der Bildungs- und Umweltbildungsarbeit finanziert. Auch in den Bereichen Justiz, natürlich in der Wissenschaft und sogar in der Wirtschaft garantieren Zuwendungen,

dass unsere beiden Städte ein gutes Angebot für viele Lebenslagen, für unterschiedliche Zielgruppen und für vielfältige Zwecke vorhalten können.“

Doch gebe es an der Ausgestaltung der Zuwendungspraxis seit Jahren Kritik, die die rot-grün-rote Koalition nun, zunächst in Form einer Anhörung, aufnehmen wolle. Drei Kernpunkte nannte die Sozialdemokratin dabei: „Die Zuwendungspraxis muss entbürokratisiert werden. Das Online-Zugangsgesetz muss auch im Bereich der Zuwendungen für ein Mehr an Digitalisierung – und damit Vereinfachung – sorgen. Und es braucht einen Paradigmenwechsel hin zu einer stärker partnerschaftlich ausgestalteten Zuwendungspraxis auf Augenhöhe.“

Gerade den letzten Punkt hob Pfeiffer dabei hervor. „In einem modernen Staat braucht es auch im Zuwendungsreich eine Kultur der Partnerschaft, eine Kultur der Ermöglichung, eine neue Kultur des ‚Wir für die Stadt‘“, sagte sie. „Die Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft verdienen mehr Augenhöhe, weil sie einen erheblichen Teil der

Lebensqualität in unseren beiden Städten sicherstellen! Dazu braucht es diesen Paradigmenwechsel. Dieser entwickelt sich nur im Dialog und im Austausch. Und genau deswegen schlagen wir die Fach-Anhörung vor.“

„Da, wo sinnvolle Projekte sich verstetigen, wo aus Initiativen ein beständiges Angebot mit Nachfrage wird, wo Dienstleistungen entstanden sind, die wir auch in Zukunft vorgehalten wissen möchten, da müssen wir Trägern über eine ermöglichende Zuwendungspraxis mehr Sicherheit, mehr Verlässlichkeit und mehr Spielräume geben“, fasste Pfeiffer abschließend zusammen. „Das haben auch die Menschen in unseren Städten verdient, die sich auf die Angebote, die Hilfen, die Dienstleistungen verlassen wollen. Sie zahlen Steuern und dafür erwarten sie, dass wir gesellschaftlich relevante Aufgaben zu vernünftigen Konditionen – auch bei den Trägern – sicherstellen.“

**>Antrag: Zuwendungspraxis modernisieren – Bürokratie abbauen, Digitalisierung ermöglichen!**

<http://bit.ly/zuwendungspraxis>

## ANTRAG UMGANG MIT GEWERBEABFÄLLEN IM LAND BREMEN



Eine wichtige Disziplin im Kampf gegen den Klimawandel ist die Schaffung einer sogenannten Kreislaufwirtschaft. In einer solchen Kreislaufwirtschaft sollen Produkte, aber auch Materialien und Rohstoffe, so lange wie irgend möglich genutzt werden, ohne dass Abfall im klassischen Sinn entsteht. Insgesamt über 55 Millionen Tonnen an Gewerbeabfällen fielen jedoch beispielsweise laut Umweltbundesamt im Jahr 2018 in ganz Deutschland an – damit war diese Abfallgruppe, neben den Bau- und Abbruchabfällen, die bedeutendste Müllgruppe überhaupt. In einer großen Anfrage wollte die SPD-Fraktion vom Senat einige Informationen hinsichtlich der Gewerbeabfälle in Bremen erfahren. Die Antworten auf diese Anfrage wurden nun in der heutigen Landtagssitzung debattiert – und sie waren „ernüchternd bis erschütternd“, so das Urteil des SPD-Umweltsprechers, Arno Gottschalk.



Arno Gottschalk

„Die Antworten des Senats zeigen, dass wir in Bremen und Bremerhaven drei große Baustellen haben“, fuhr der Sozialdemokrat fort. Die erste Baustelle sei die Datenlage zu den gewerblichen Müllfraktionen,

also den Arten des Mülls – Papier, Holz, Kunststoffe. „Diese Datenlage ist ungenügend, höchst lückenhaft und in der Summe miserabel“, urteilte der Sozialdemokrat. „Das liegt jedoch nicht an der praktischen Datenerhebung – sondern an den gesetzlichen Regelungen“.

Die zweite Baustelle sei die Überwachung und Kontrolle der gewerblichen Müllproduzenten und ihres Umgangs mit den Abfällen. Auch hier lieferten die Antworten der Umweltsenatorin nicht genug, sondern

wirkten eher wie die „hohe Schule des Problemslaloms“. Zwar erfahre man von umfassenden Kontrollen bei kleinen und mittleren Unternehmen. „Wir erfahren aber so gut wie nichts über die Zahl, die Dichte und die Ergebnisse der Kontrollen“, so Gottschalk weiter. Zudem könne man nur andeutungsweise herauslesen, dass manche Unternehmen wohl praktische Probleme bei der Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung hätten. „Wie groß die Probleme sind, bleibt aber im Dunklen. Und es bleibt auch unklar, inwieweit es an Kontrollen und Kontrolleur:innen mangelt“.

Die dritte Baustelle seien die Preise und die Gebühren bei der Entsorgung des gewerblichen Mülls. „Denn die Verbrennung und Deponierung von gewerblichem Müll ist billiger als die Nutzung von Sortieranlagen zur Vorbereitung von Recycling und Wiederverwendung“, erklärte Gottschalk. „Das ist fatal“ – denn Preise und Gebühren seien für das Verhalten von Unternehmen ein mächtiges Steuerungsinstrument. „Wenn

die Sortierung und Aufbereitung teurer ist als die Verbrennung oder Deponierung von Abfällen“, fuhr der Umweltpolitiker fort, „dann wird der Anreiz gesetzt, die gewerblichen Abfälle eben möglichst zu verbrennen oder zu deponieren“. Fehle dann auch noch eine gute Überwachung und Kontrolle, gebe es zusätzlich die Versuchung, sich regelwidrige Kostenvorteile zu verschaffen.

„Für uns ist deshalb klar: Die offenen Fragen müssen eingehender untersucht und beantwortet werden“, so Gottschalk zum Schluss seiner Rede. „Der richtige Ort dafür ist die Deputation für Klima und Umwelt – und da werden wir das Thema Gewerbemüll und Kreislaufwirtschaft nun verstärkt auf die Agenda setzen“.

>Große Anfrage: Behandlung von Gewerbeabfall im Land Bremen  
<http://bit.ly/Gewerbeabfaelle>



## ANTRAG HASS IM NETZ STÄRKER BEKÄMPFEN!

Die rot-grün-rote Koalition will mehr gegen Hass im Netz unternehmen. Die Bürgerschaft hat heute einen Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossen, der eine bessere Beratung, eine zentrale Meldestelle, gezielte Fortbildungen für Lehrer:innen, aber auch Verbesserungen bei der Strafverfolgung vorsieht.

„Das Internet wird von vielen als ein rechtsfreier Raum betrachtet – und das ist es natürlich nicht!“, erklärte die justizpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Antje Grotheer, heute in ihrer Rede in der Bürgerschaft. „Dabei bleiben beleidigende Kommentare, Videos oder ähnliches gerade im Internet dauerhaft sichtbar – anders als im analogen Raum. Dadurch sind die Folgen für die Opfer oft langanhaltend und schwerwiegend.“

Gerade deshalb sei eine gute Beratung und fortlaufende Betreuung so wichtig, so die Sozialdemokratin weiter. „Es geht oftmals darum, überhaupt wieder an einem ‚normalen‘ Leben teilzunehmen und dieses aktiv zu gestalten und nicht in ständiger Furcht oder Scham zu leben. Das geht über die reine rechtliche Beratung hinaus. Gleichzeitig müssen Straftaten konsequent verfolgt und sanktioniert werden. Die Beleidigungen und vieles Weiteres stehen für alle sichtbar im Internet und eine Aufklärung darf nicht daran scheitern, dass Anbieter sozialer Medien bestimmte Daten nicht weitergeben dürfen. Bei Straftaten muss eine viel schnellere und einfachere Aufklärung erfolgen.“

Grotheer wies darauf hin, dass das Innenressort und die Polizeien im Land Bremen sowie weitere Behörden und Träger unter der Federführung der Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau den Landesaktionsplan zur Umset-



zung der Istanbul-Konvention im Lande Bremen erarbeite. Das Thema „Digitale Gewalt“ werde dabei explizit betrachtet und in einer eigens dafür eingerichteten Arbeitsgruppe beleuchtet. Maßnahmen seien etwa Prävention durch Medienkompetenz, ein geschlossenes Vorgehen im Bund gegen Hass und Hetze im Internet und eine Verbesserung der Möglichkeiten für Ermittlungen. Das Thema werde zudem fortlaufend durch das Präventionszentrum



Antje Grotheer

der Bremer Polizei, den Verein Täter-Opfer-Ausgleich oder die Strategie der Kultusminister:innen-Konferenz zur „Bildung in der digitalen Welt“ beleuchtet.

Wichtige weitere Bausteine seien

aber, wie im heute beschlossenen Antrag gefordert, die Einrichtung einer zentralen Meldestelle und die frühe Aufklärung und Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen sowohl in als auch außerhalb der Schulen, sagte Grotheer. Die Meldestelle, so die Sozialdemokratin, sollte dabei an die bestehenden Strukturen anknüpfen. Beratungen könnten am besten von den einzelnen Akteuren vorgenommen werden, daher sollten diese gestärkt und Parallelstrukturen vermieden werden. Grotheer zusammenfassend: „Um dem Hass im Netz entschlossen entgegenzutreten, bedarf es einer ganzen Reihe an Maßnahmen, die das gesamte Spektrum aus Prävention, Opferschutz, Beratung, Ermittlung und Strafverfolgung abdecken müssen.“

>Antrag: Hass im Netz entgegenzutreten – Opferschutz und Strafverfolgung im Land Bremen verbessern

[http://bit.ly/hass\\_im\\_netz](http://bit.ly/hass_im_netz)

## ANFRAGE CLUSTER- UND INNOVATIONSPOLITIK WEITER STÄRKEN

Die Bürgerschaft hat sich heute mit dem Thema Cluster- und Innovationsförderung befasst. Grundlage für die Debatte war eine Große Anfrage, die die rot-grün-rote Koalition auf Initiative der SPD-Fraktion eingereicht hatte. „Diese Große Anfrage“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, „wirft auch einen Blick über den Tellerrand der großen Cluster hinaus.“

Und die Antwort des Senats zeige, dass Bremen über eine große Vielfalt unterschiedlicher Branchen verfüge, so der Sozialdemokrat weiter. „Diese große Vielfalt ist wichtig für Bremen und den Erhalt von Arbeitsplätzen, denn sie macht uns weniger anfällig für Krisen.“

Stahmann betonte, dass die Ausrichtung auf Cluster nach wie vor richtig sei. „Aber nicht alle Ideen passen in Cluster. Viele Dinge sind übergreifend – oder neudeutsch: Cross-Clustering. Es gibt Startups, die zwischen ‚Guter Idee‘ und Serienreife Unterstützung brauchen. Das müssen wir berücksichtigen.“



Volker Stahmann

Stahmann verwies darauf, dass neue Branchen wie die Nahrungs- und Genussmittel oder die regenerative Energie mit Wasserstoff in die Clusterpolitik

aufgenommen worden seien. Andere Bereiche seien mit dem Digital HUB und dem Food HUB abgedeckt worden, ein Meilenstein sei zudem die Neuausrichtung der Jacobs University für den Bereich Künstliche Intelligenz.

Stahmann abschließend: „Für uns als SPD sind vor allem zwei Dinge für die Zukunft wichtig: Die gezielte Innovationsförderung durch die WFB in Bremen und die BIS in Bremerhaven sowie die Verknüpfung von Innovationsförderung und Wissenschaft. Und Innovation umfasst für uns auch zum Beispiel die Stelle des Luft- und Raumfahrtkoordinators, ein vernünftiges Gewerbeflächenmanagement und Innovationsmanager.“

## ANFRAGE RECHTER TERROR IN BREMEN UND IM UMLAND

Halle, Hanau, Syke, Ganderkesee, Friesenstraße – Anschläge mit rechtsextremem Hintergrund ziehen sich wie ein braunes Band durch die letzten Jahre. Für den Kampf gegen Rechts ist ein langer Atem von Nöten – denn die rechtsterroristische Szene bevorzugt zwar den Untergrund, doch rechtes Gedankengut findet sich teilweise auch in Behörden wie der Polizei und der Feuerwehr. Wie es um rechten Terror in Bremen und dem Bremer Umland steht, wie stark die Nazi-Szene in Bremen und Bremerhaven vernetzt ist und wie weit die Auswüchse der Rechten Szene gehen, wollte die Koalition in einer Großen Anfrage vom Senat wissen. Die Antworten darauf



Kevin Lenkeit

waren Gegenstand einer Debatte in der heutigen Landtagssitzung.

„Der Kampf gegen Rechts ist ein Kampf aller Demokraten“, machte Kevin Lenkeit, SPD-Innenpolitiker, in seiner Rede

deutlich. „Egal ob parlamentarisch oder zivilgesellschaftlich. Das gesagt, möchte ich mich beim Senat für die ausführlichen Antworten zu den vielen Fragen bedanken. Wir haben viele Fragen gestellt, zugegeben auch Detailfragen, und ich glaube, wir haben nun ein sehr gutes Rüstzeug für zukünftige Diskussionen und auch politische Weichenstellungen, um den Kampf gegen Rechts weiterzuführen“, so der Sozialdemokrat.

Dieser Kampf habe in Bremen schon einige Erfolge vorzuweisen, führte Lenkeit weiter aus. „Wir haben den Verfassungsschutz in Bremen reformiert, bevor es bundesweit überdeutlich wurde, dass es einen Reformbedarf gibt. Anders als vielleicht in anderen Bundesländern ist der Verfassungsschutz hier Teil der Lösung und nicht Teil des Problems“. Zudem sei Bremen auch in anderen Bereichen erfolgreich tätig – beim legalen und illegalen Waffenbesitz von Rechtsextremen. „Wir haben schon vor vielen Jahren damit begonnen, bekannten Rechtsextremen Waffenschein und Waffenbesitzkarten zu verwehren und auch abzunehmen“, erklärte der Sozialdemokrat. „Wir erschwe-

ren den legalen Waffenbesitz für die rechte Szene maximal, und natürlich wird auch der illegale Waffenbesitz verfolgt und sanktioniert.“

Doch nicht immer sei es so unkompliziert: „Die Tatsache, dass die Täter von Halle und Hanau sich selbst – vorwiegend im Internet – radikalisiert haben“, so Lenkeit, „und nicht im Vorfeld polizeilich bekannt waren, macht die Arbeit für die Sicherheitsbehörden natürlich nicht einfacher. Hier müssen wir im digitalen Raum besser werden. Das heißt Foren überwachen, Chatgruppen beobachten, Analysetools entwickeln und verbessern.“

„Systeme sind niemals perfekt“, resümierte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion am Ende seiner Rede, „und es bedarf einer stetigen Überprüfung und regelmäßigen Evaluation. Dies gilt auch beim Kampf gegen Rechts – ich bin mir sicher, wir werden die Debatte heute nicht zum letzten Mal führen.“

>Große Anfrage: Rechte Gewalt und rechter Terror in Bremen und dem Umland?  
[https://bit.ly/rechter\\_terror](https://bit.ly/rechter_terror)